

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Zeitungsaussage angegeben.
Kassation: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207
Tel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftsteil 5/4, bis 5 Uhr
Verleger: Dornschütz-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207

Der Kieler Parteitag.

Eine Stimme aus dem Lager des Besitzbürgerblocks.

Zum Kieler Parteitag schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“:

Der sozialdemokratische Parteitag in Kiel hat erkennen lassen, daß die Sozialdemokratische Partei zwar selbstverständlich Gegenläufer in sich birgt, daß sie aber trotzdem als festgefügte politische Bewegung in den Wahlkampf geht. Wenn der „Vorwärts“ meint, der Parteitag habe gezeigt, daß Männer da sind, die zu führen verstehen, und Massen, die ihnen vertrauensvoll folgen — so hat er im wesentlichen recht. Wir sprechen das aus, weil es immer ein Fehler ist, den Gegner zu unterschätzen und weil dieser Fehler vom Bürgertum gerade der Sozialdemokratie gegenüber lange Jahre gemacht worden ist. Manche Leute aus dem bürgerlichen Lager unterliegen auch heute wieder der gleichen Täuschung wie die Kommunisten: wie diese, glauben sie, daß nur der Gegner zu fürchten sei, der sich radikal gebärde; sie meinen etwa, daß die sozialdemokratischen Führer und Wähler zu Kleinbürgern geworden seien und daß man mit ihnen schon fertig werden würde. Das letztere ist aber ein verhängnisvoller Irrtum. Der Kieler Parteitag hat ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie den Willen zur Macht hat, und daß ihr Endziel nach wie vor ist, die sozialistische Arbeiterbewegung zur ausschlaggebenden politischen Macht zu erheben. Das Bürgertum muß sich darüber klar werden, daß der sozialistische Gegner nicht mehr der gleiche ist wie in den Jahren nach dem Kriege, als er in drei Gruppen zerfiel. Mit einem Wort: die sozialistische Bewegung ist so gefährlich wie kaum jemals zuvor. In zehn Jahren Anteil an der Staatsmacht haben ihre Führer manches gelernt, was sie 1913 noch nicht wußten. Sie haben vor allem gelernt, was diese Staatsmacht bedeutet.

Das Blatt erklärt dann, das Bürgertum müsse den Kampf aufnehmen, und meint zum Schluß, die Chancen der Deutschnationalen gegen die Sozialdemokratie ständen wie 1:1, „nicht besser, aber auch nicht schlechter“. Damit ist klar ausgesprochen, daß das Besitzbürgertum die Deutschnationalen heute als seinen Preisfechter betrachtet.

Flaggenschändung in München.

Neuer Schandstreich der Hakenkreuzler.

München, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Statt des verbotenen Reichsbannerfestes fand am Sonntag eine Zusammenkunft der Bezirks- und Kameradschaftsführer des oberbayerischen Reichsbanners statt, an der u. a. Oberpräsident Höring und Reichsanwalt a. D. Wirth teilnahmen. Am Gewerkschaftshaus war aus diesem Anlaß eine große schwarzrotgoldene Flagge gehißt worden, die bis zum 1. Stockwerk herunterhing. Gegen 10 Uhr abends ging plötzlich die Straßenbeleuchtung aus und im selben Augenblick brannte die schwarzrotgoldene Flagge und wurde der Raub einer gewaltigen Flamme. Gleich darauf brannte die Straßenbeleuchtung wieder. Die Polizei erschien erst, als die Flaggenschändung vorbei war. Der Haupttäter, der in einem jungen Mann mit Windjacke vermutet wird, ist allem Anschein nach am Hauptportal emporgelockert, hat die Fahne mit Benzin bespritzt und sie dann angezündet. Ein Benzinfläschchen wurde vorgefunden, Hand in Hand mit ihm wurden jedoch Leute die Straßenbeleuchtung aus- und wieder eingeschaltet haben, wozu sie im Besitz der erforderlichen Schlüssel sein mußten.

Münchener Rückzug.

München, 30. Mai. (Zl.) Wie die Polizeidirektion München erklärt, steht die Bluttat am vergangenen Mittwoch, der ein Menschenleben zum Opfer fiel, mit dem Verbot anderer politischer Veranstaltungen nur insofern in Verbindung, als ihr ruhiger Verlauf durch die Erregung über jenen Vorfall in Frage gestellt war. Die Behauptung, daß die Täter in den Reihen des Reichsbanners zu suchen sind, sei von der Polizei niemals aufgestellt worden. Die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen und eine amtliche Verlautbarung erst für Mitte nächster Woche zu erwarten.

Schule und Völkerbund.

Ein Erlaß des preussischen Kultusministers.

Der preussische Kultusminister Dr. Becker hat an die Schulbehörden einen dienstlichen Erlaß gerichtet, der den Unterricht über den Völkerbund betrifft.

Wenn auch zahlreiche Hinweise in den Richtlinien für den Unterricht an den preussischen Schulen schon bisher dazu aufforderten, die Frage des Völkerbundes im Unterricht zu behandeln, so muß es, wie der Erlaß betont, jetzt, nachdem Deutschland dem Völkerbund beigetreten ist, noch mehr Aufgabe der Schule sein sich im Unterricht eingehend mit Wesen, Arbeit und Zielen des Völkerbundes zu befassen.

Aus dem Wesen des Völkerbundes ergibt sich, daß jeder Unterricht über ihn getragen sein muß von Gefühl für die Würde des eigenen Volkes, und verständnisvoller Achtung vor dem fremden Volke und von der Einsicht, daß die Entwicklung eines jeden Volkes gefördert wird durch die Zugehörigkeit zur einer umfassenden Gemeinschaft aller Völker.

Kultusminister Dr. Becker hat angeordnet, daß in den oberen Klassen der Volksschulen, in den Mittelschulen, den höheren Lehranstalten, den pädagogischen Akademien sowie bei der Ausbildung der Studienreferendare der Gegenstand in diesem Sinne an geeigneter Stelle behandelt wird.

Moskaus Antwortnote.

Schärfste Tonart. — Polemik gegen die Konservativen.

Moskau, 30. Mai. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Die Regierung hat dem englischen Geschäftsträger Peters eine von Litwinow unterzeichnete Antwortnote überreichen lassen. Die Sowjetregierung weist nochmals entschieden alle Beschuldigungen, daß sie jemals das Abkommen von 1921 verlegt hätte, als

vollkommen unerwiesen und durchaus unbegründet

zurück. Die einzige Quelle dieser Beschuldigungen ist, wie dies mehrmals vollkommen unumwunden erwiesen wurde, eine gewissenlose Information, die aus den anrüchlichsten Quellen wehrwüßiger Emigranten geschöpft wurde, und gefälschte Dokumente, mit denen die britische Regierung während der ganzen Dauer der Aufrechterhaltung der Beziehungen zur Sowjetregierung gern zu operieren pflegte.

Die Ergebnislosigkeit der Durchführung der Handelsdelegation, die mit größter Sorgfalt einige Tage lang ausgeführt wurde, ist der beredteste Beweis für die Unpositivität und die Korrektheit der offiziellen Agenten der Sowjetunion. Die Sowjetregierung übergeht die Unterstellungen britischer Minister über eine Spionage der Handelsdelegation mit Verachtung und hält es für unter ihrer Würde, auf sie zu antworten. Die Sowjetregierung stellt fest, daß die britische Regierung sowohl für die erste Verletzung des Handelsabkommens von 1921, die ihren Ausdruck fand in einem Ueberfall der Polizei auf extraterritoriale Räume der offiziellen Agenten der Sowjetunion, wie auch für die zweite Verletzung, die in der Aufhebung dieser Abmachung ohne die vorgesehene sechsmonatige Kündigung besteht, keine rechtmäßige Veranlassung hatte.

Es ist der ganzen Welt vollkommen klar, daß der Hauptgrund für den Bruch des Fiasko der Politik der konservativen Regierung in China ist und der Versuch, dieses Fiasko durch eine Diversion gegenüber der Sowjetunion zu verschleiern. Ferner, daß der unmittelbare Anlaß der Wunsch der britischen Regierung ist, die öffentliche Meinung von der Ergebnislosigkeit des unflüglichen Ueberfalls der Polizei auf die Arcos und die Handelsdelegation abzulenken und dem britischen Minister des Innern aus der skandalösen Lage herauszuhelfen, in die er

infolge dieses Ueberfalls geraten ist. Die Völker der Sowjetunion und ihre Regierung hegen keine Feindschaft gegen die Völker des britischen Reiches, mit denen sie normale und freundschaftliche Beziehungen unterhalten wollten. Dies ist zweifelsohne auch der Wunsch der Völker des britischen Reiches. Diese normalen Beziehungen wünscht und wünschte die gegenwärtige britische Regierung jedoch nicht, die vom ersten Tage ihres Bestehens bestrebt war, die Beziehungen zur Sowjetunion im Zustande stetiger Spannung zu erhalten und sie weiter anzuspitzen. Die britische Regierung zieht dem System normaler Beziehungen das

System der Gewalttätigkeit und der Feindschaft

vor. Sie hat sich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, für den sie die ganze Verantwortung übernehmen muß, im vollen Bewußtsein der Erschütterung entschlossen, die dieser Bruch unermesslich in den bestehenden politischen und wirtschaftlichen internationalen Beziehungen hervorrufen wird. Sie mußte wissen, daß der Bruch das wirtschaftliche Chaos, das Europa nach dem Weltkrieg noch nicht überwunden hat, verstärken und der Sache des Friedens einen schweren Schlag versetzen wird. Sie hat sich jedoch zu dieser Handlung entschlossen, indem sie die Interessen breiter Massen des britischen Reiches und selbst der britischen Industrie opferte. Die Sowjetregierung nimmt von diesem Akt in der vollen Ueberzeugung Kenntnis, daß er nicht allein von den wertvollen, sondern auch von allen fortschrittlichen Elementen der ganzen Welt verurteilt werden wird. Sie spricht zugleich die Ueberzeugung aus, daß die Zeit nahe ist, wo das britische Volk die Möglichkeit finden wird, sein Streben nach Frieden und Wiederherstellung der normalen freundschaftlichen Beziehungen zu den Völkern der Sowjetunion unbehindert zu verwirklichen.

200-Millionen-Sowjetanleihe.

Moskau, 30. Mai. (Zl.) Der Rat des Volkskommissars hat beschlossen, eine innere 12prozentige Staatsanleihe von 200 Millionen Rubel auf zehn Jahre zu begeben.

Modigliani in Berlin.

Alle SPD-Funktionäre Dienstag im Lehrervereinshaus!

Der im Exil lebende Führer der italienischen Sozialisten, Genosse Modigliani, spricht, wie wir schon mehrfach angekündigt haben, morgen, Dienstag abend, vor den Berliner Funktionären über das Thema: „Die faschistische Gefahr“.

Nicht nur aus Solidarität mit den grausam unterdrückten italienischen Arbeitermassen fordern wir alle Funktionäre der Berliner Parteio rganisation auf, dieser Veranstaltung beizuwohnen, sondern auch im eigenen Interesse: denn die faschistische Gefahr ist in der gegenwärtigen Zeit eins der wichtigsten Probleme für die Arbeiterklasse aller Länder. Allein die Geschichte seiner Entstehung ist für jeden Arbeiter überaus lehrreich und gerade darüber wird Genosse Modigliani manches aus den Erfahrungen der italienischen Partei zu sagen haben, was auch von der deutschen Sozialdemokratie zu beherzigen sein wird.

Die antifaschistische Konzentration.

Kampfanzeige gegen Mussolini.

Paris, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Zentralkomitee der „Antifaschistischen Konzentration“ trat am Sonntag in Paris unter dem Vorsitz des italienischen Sozialistenführers Turati zusammen, um in einem Manifest eine Antwort auf die letzte Rede Mussolinis zu erlassen. Es heißt darin: „Wenn Mussolini in seiner Rede zugibt, daß sich das Proletariat immer noch dem Faschismus gegenüber fernhält, so bedeutet dies ein Eingeständnis, daß es ihm noch nicht gelungen sei, trotz aller Brutalitäten, Bedrückungen und politischen Verfolgungen die Sympathie der Werktätigen für den Faschismus zu erlangen. Wenn Mussolini ferner erklärt, noch lange Jahre an der Regierung bleiben zu wollen, weil sein Nachfolger noch nicht geboren sei, so sei dies eine Verletzung des Wahlrechts und der Kronrechte. Wenn Mussolini die Locarnopolitik mit so abschätziger Ironie behandle und dem erschöpften Italien große Rüstungen auferlege, bedeute das, daß der Faschismus nur den Krieg anstrebe. Die faschistische Diktatur strebe, wie alle Diktaturen, nach dem Kriege, sie unterliegt ihrem Instinkt nach Kampf und Brutalität. Sie suche nach Vorwänden, um dem italienischen Imperialismus auf brutalen Wegen zum Siege zu verhelfen und die in den Massen siedende Revolte dagegen zu ersticken.“

PPS. gegen Pilsudski.

Verzicht des Parteiausschusses. — Für Neuwahl auf Grund des jetzt gültigen Wahlrechts.

Warschau, 30. Mai. (Zl.) Der oberste Rat der polnischen Sozialdemokratischen Partei hat unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dąbrowski den Verzicht gegen die gegenwärtige Regierung in Opposition zu treten. Dieser Schritt

wird begründet mit der ausgesprochen kapitalistischen Politik der Regierung, den von ihr angewandten politischen Repressivmaßnahmen und dem Mangel jeglicher Initiative, um die Minderheitsfrage zu lösen. In einer weiteren Resolution sprechen sich die Sozialdemokraten für Neuwahlen auf Grund des jetzt gültigen Wahlrechts aus. Endlich wird noch unter Hinweis auf die Angelegenheit der weißrussischen Frontada und die Angelegenheit des Abgeordneten Wojewodski festgestellt, daß die Sozialdemokratie politische Verfolgungen und das System der Provokationen als demoralisierend und zerschendend verurteilt.

Dreimächtekonferenz am 20. Juni.

Amerika — England — Japan.

Genf, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die amerikanische Gesandtschaft in Bern hat dem Völkerbundssekretariat mitgeteilt, daß die Dreimächteabstimmungskonferenz der großen Marinemächte (Vereinigte Staaten, Großbritannien und Japan) am 20. Juni nachmittags 4 Uhr in Genf beginnen wird.

Für die weltliche Schule.

Großer Sieg der weltlichen Listen bei den Elternbeiratswahlen in Leipzig.

Leipzig, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Elternbeiratswahlen in Leipzig, die bei einer Wahlbeteiligung von fast 70 Prozent stattfanden, endeten mit einem großen Sieg der weltlichen Liste. Für die sozialdemokratischen Kandidaten wurden abgegeben 23 024 Stimmen (im Vorjahr: 19 804), für die SPD. 5243 (5791), für die neutrale Elternvereinigung 299 (818), für die christlichen Elternvereine 24 698 (24 331). Die weltliche Schule erhielt 353 (334) Sitze, davon stellt 304 die Liste der SPD; die Christlichen blieben mit 311 (319) Sitzen in der Minderheit. Die Sozialdemokratie hat 50 Sitze gewonnen.

Friedrich-Ebert-Denkmal.

Feierliche Enthüllung. — Stahlhelmhaji gegen Republik.

Hannover, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ein Denkmal für den ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert wurde am Sonntag nachmittags in Groß-Bülten bei Peine enthüllt, wo die Arbeiter des Alfelder Hütten- und Erzbaubetriebes wohnen. Zahlreiche Abordnungen des Reichsbanners aus dem Bezirk und Vertreter der verschiedenen Behörden, darunter auch Oberpräsident Kossak und Regierungspräsident v. Höhnert-Hildesheim waren zu der Feier erschienen. Der frühere braunschweigische Staatskommissar Genosse Hoerster-Hildesheim hielt die Welcherede. Es sprachen ferner Regierungspräsident v. Höhnert und Landrat Berthelme. Die Beteiligung der Bevölkerung am Weihen war überaus stark. Die Stahlhelmer gaben ihrem Haß gegen die Republik dadurch Ausdruck, daß sie in der Nacht vorher Ehrenpartien beschickten und zwei Fahnen mit schwarzrotgoldenen Farben mitgehen ließen.

Die Gräfin und ihr Diener.

Eine rätselhafte Diebstahlsaffäre in der Berufungsinanz vor Gericht.

Vor der Potsdamer Strafkammer hatte sich heute früh unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig in der Berufungsinanz der Diener der Frau Professor Schnabel, geb. Gräfin v. Leiningen-Westerburg, Max Schwinger und seine Braut, die frühere Filmstatistin Hanna Liefke, wegen Diebstahls zu verantworten, den beide in der Villa in der Pianig begangen haben.

In der ersten Instanz war der Diener Max Schwinger zu zehn Monaten Gefängnis und seine Braut zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Beiden hatten während der Abwesenheit der Frau Professor Schnabel, die sich wegen ihrer Erbschaftssache und des gegen sie schwebenden Prozesses in Berlin aufhalten hatte, planmäßig die Villa ausgeraubt und die Sachen, Silber und andere Wertgegenstände, die mit einem Kahn nach Potsdam geschafft wurden, dort versteckt. Die beiden Angeklagten werden von Rechtsanwalt Riee verteidigt, während die Anklage von Assessor Klünzberg vertreten wird. Der Diener Max Schwinger verteidigte sich wiederum, wie in der ersten Instanz, mit der Behauptung, daß er die Sachen zum Teil von Frau Professor Schnabel gestohlen habe, andernfalls habe er sie aber versteckt, um die laufenden Ausgaben zu bestreiten, da er von seiner Dienstherrin keinen Lohn bekommen habe. Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig hielt dem Angeklagten vor, daß seine Angabe nicht recht glaubwürdig erscheine, daß er sich doch in der ersten Instanz mit der Behauptung verteidigt habe, in engen Beziehungen zu Frau Professor Schnabel gestanden zu haben.

Angeklagter Schwinger: Ueber die engen Beziehungen zu Frau Professor Schnabel schweige ich, weil ich nicht so tief gefunken bin, wie Sie.

Vors.: Wenn diese Behauptung von Ihnen nicht wahr ist, so wäre Ihr Verhalten sehr gemein und niederträchtig. Ich frage Sie also, ob die Beziehungen bestanden haben.

Rechtsanwalt Dr. Riee: Die Behauptung des Angeklagten ist

mit erst ebenso ungeheuerlich erschienen, wie hier dem Gericht. Ich habe aber mit dem jungen Menschen ernstlich gesprochen und er hat mir mit Bestimmtheit versichert, daß seine Behauptungen der Wahrheit entsprächen.

Auch der Angeklagte erklärte darauf, daß seine Angaben wahr seien, und daß er mit Frau Professor Schnabel in intimen Beziehungen gestanden habe. Zur näheren Nachprüfung dieser Behauptung wurde sodann

die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit äußerte sich die Angeklagte Liefke zur Sache und behauptete, daß die Sachen, die bei ihr bei der Hausdurchsuchung gefunden worden seien, von Max Schwinger dort gebracht worden seien, und zwar handele es sich um Geldscheine, die er von Frau Professor Schnabel bekommen habe. Frau Professor Schnabel habe Max Schwinger übrigens mehrmals geschlagen und ihre, der Angeklagten Mutter, habe zu Frau Professor Schnabel Geld und Preßkollen, oft auch Essen für den Hund überbringen müssen, weil Max Schwinger oft nichts zu essen bekommen habe. Frau Professor Schnabel habe auch Max Schwinger verketten wollen, in der Testamentsfälschungsaffäre einen Meineid zu schwören. Einmal habe sie sogar versucht, ihn zu vergiften, da er sich nicht darauf einlassen wollte. Es sei auch eine Anzeige wegen versuchten Giftmordes erstattet worden, von der man aber nichts mehr gehört habe. Frau Professor Schnabel habe auch durch die Haushälterin Fräulein Tina Sauer versucht, auf ihm wegen Max einzuwirken, daß er vor der Welt die intimen Beziehungen verschweigen sollte. Im übrigen bestritt die Angeklagte, sich schuldig gemacht zu haben und behauptete, daß ihr bei der Hausdurchsuchung durch die Polizei verschiedene Sachen abhanden gekommen seien. Man habe sie auch zwei Tage bei der Polizei gehalten, ohne daß man ihr etwas zu essen gegeben habe. Hierauf wurde in die Zeugenvernehmung eingetreten.

Straßenbahnunglück in Moabit.

Neun Fahrgäste verletzt.

Ein folgenschwerer Straßenbahnunfall ereignete sich heute vormittag gegen 12 Uhr an der Straßenkreuzung Rathenower und Perleberger Straße in Moabit. Polizeibeamte und Straßenpassanten bemächtigten sich sofort um die Verletzten und sorgten für ihre Überführung in das nahegelegene Moabiter Krankenhaus. Vier von ihnen konnten nach Anlegung von Notverbänden wieder entlassen werden, während fünf Personen, die ernstere Verletzungen erlitten haben, im Krankenhaus verbleiben mußten.

Das Unglück ereignete sich folgendermaßen: Ein Straßenbahnzug der Linie 45 wollte gerade die Kreuzung an der Rathenower Straße passieren, als in demselben Augenblick eine aus entgegengekehrter Richtung kommende Straßenbahn der Linie 3 heranbraute, deren Führer nicht mehr rechtzeitig halten konnte und mit voller Wucht auf die 45 aufstieß. Der Anprall war so heftig, daß die vordere Plattform der Linie 45 völlig eingedrückt wurde. Ueber die entsetzlichen Verletzungen ging ein Haufen von Glasstücken und Holzsplittern hernieder. Durch das scharfe Bremsen des Führers der Linie 45 wurde das Unglück noch erhöht, da der Anhängewagen gegen die hintere Plattform des Triebwagens fuhr, die ebenfalls eingedrückt wurde. Einige Frauen erlitten einen Menschenstoß.

Sechs Personen, der Kaufmann Max Köpping aus der Sandberger Allee 45, der Kaufmann Julius Zilinski aus der Wilmsdorfer Straße 93, der Arbeiter Reinhold Zilman aus der Glasgower Straße 7, der Expedient Paul Radul aus der Schloßstraße 15a, die Frau Gertrud Poriner aus der Wilsdorfer Straße 19 und die Angestellte Frieda Fißler aus der Ostrowalderstraße mußten zunächst im Moabiter Krankenhaus verbleiben. Drei Verletzte konnten nach Anlegung von Notverbänden wieder entlassen werden. Durch den Vorfall entstand eine Verkehrsverhinderung von 20 Minuten Dauer. Nach den bisherigen polizeilichen Feststellungen, soll die Schuld den Führer der Linie 3 treffen, weil er noch in die Rathenower Straße einbiegen wollte, als die Linie 45 die Kreuzung bis etwa zur Mitte schon passiert hatte.

Ein Paffälcher verhaftet.

300 bis 400 Dollar für einen falschen Paß.

Das Austausch zahlreicher falscher Pässe veranlaßte die Berliner Kriminalpolizei, sich nach ihrer Herkunft näher umzufragen. Nach monatelangen Nachforschungen ist es jetzt endlich gelungen, einen Paffälcher, der unter der Maske eines harmlosen Kaufmanns in Berlin lebte, zu ermitteln und unschädlich zu machen. Es ist ein 32 Jahre alter Pole Sichel Jemachowich, der sich seit kurzem in Deutschland aufhält.

Jemachowich, der sich zuweilen auch „Kaplanus“ nannte, wechselte ständig seinen Aufenthaltsort. Sein Tun und Treiben war nicht zu überblicken und man wußte auch nicht, wovon er seinen Lebensunterhalt bestritt. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit der Verfälschung polnischer Pässe, die er aus Polen flüchtigen Vandalen, die von den dortigen Behörden gesucht wurden, so umwanderte, daß sie auf andere Personen lauteten. Ungehindert konnten sie sich so entweder in Deutschland niederlassen oder weiter über die Grenzen entkommen. Auf der anderen Seite verstand der Paffälcher es ausgezeichnet, aus polnischen deutsche Staatsangehörige zu machen. Besonders oft wurden seine Fähigkeiten von solchen Polen in Anspruch genommen, die nach Amerika auswandern wollten. Die Einwanderungsquote für Deutsche in die Vereinigten Staaten ist etwa zehnfach höher als die für Polen. Jemachowich kritisierte sie also mit deutschen Pässen und Ausweispapieren aus, mit denen sie ungehindert die scharfe Kontrolle passieren konnten. Für seine Fälschung ließ er sich 300 bis 400 Dollar bezahlen. Stets die Einwelle dieser in Deutsche verwandelten Polen auszureichendem anderen Grunde dennoch auf Schwierigkeiten, so wurden die Leute auf Kosten des deutschen Reiches zurücktransportiert und siedelten sich nun hier an. Als jetzt einer der von ihm auf den Weg Gebrachten zurückkehren mußte, gelang es festzustellen, daß der Paß aus der Werkstatt des J. stammte. Der Hersteller wurde in der Wohnung seiner „Braut“ in der Soldiner Straße aufgegriffen. Als die Beamten der Dienststelle D. 3 hier eintrafen, hatte der Gefuchte die Tür gehörig verbarrikadiert. Erst ein Schloßer mußte die verschiedenen Hindernisse beseitigen. Der Festgenommene bestritt jede strafbare Handlung. Ohne Zweifel hat man aber in ihm das Haupt einer weitverzweigten Paffälcherbande erwischt, deren Treiben sich über viele Länder erstreckt.

Zwei Dachstuhlbrände.

In der Nacht von Sonntag zu Montag wurden mehrere Jugmädchen der Berliner Feuerwehr nach der Schliemannstr. 45 im Norden und nach der Bergmannstraße im Südwesten Berlins gerufen, wo in den Dachstühlen zweier Mietshäuser gegen 11 Uhr Feuer ausgebrochen war. Von einem Straßenpassanten wurde auf dem Dach des Grundstückes Schliemannstr. 45 ein Feuer-

schein wahrgenommen. Die Feuerwehr wurde sofort alarmiert. Das Feuer muß jedoch schon längere Zeit geschwelt haben, denn beim Eintreffen der Wehren brannte der Vorderdachstuhl bereits in ganzer Ausdehnung. Man mußte sich darauf beschränken, ein Weitergreifen des Feuers auf die Nachbargrundstücke zu verhindern. Im Hause Bergmannstr. 2, wo der Dachstuhl des 2. Obergeschoßes brannte, haben unzweifelhaft verbrochene Hände das Feuer angelegt. Durch eine starke Qualmwirkung wurde die Gefahr von Hausbewohnern der oberen Stockwerke zum Glück rechtzeitig bemerkt, so daß es der Feuerwehr gelang, den Brandherd zu lokalisieren. Da sich an verschiedenen Stellen im Dachgebälk noch Brandnester zeigten, mußte das Dach in ganzer Ausdehnung aufgeschlagen werden. Nach den bisherigen Ermittlungen ist das Feuer vorläufig angelegt worden. Es wurden nicht weniger als drei getrennte Brandherde entdeckt. Eine in einem Bodenverschlag lagernde Matratze ist anscheinend noch mit einer leichtbrennbaren Flüssigkeit getränkt worden. Die Kriminalpolizei ist mit der Klärung des Falles beschäftigt.

Das Reichsbanner in Brandenburg.

Das gestrige Kreistreffen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Brandenburg (Havel) nahm bei prächtigem Wetter einen guten Verlauf. Die Besetzung war besonders im Arbeiterviertel außerordentlich stark. Nur die städtischen Gebäude waren auffallenderweise diesmal nicht besetzt, obgleich die letzten Wahlen eine klare republikanische Mehrheit ergeben haben. Am Sonnabend fand im Volkshaus ein Begrüßungsabend statt, bei dem u. a. Gaugeschäftsführer Reichardt und Frey Ebert Ansprachen hielten. Nach einem Marsch durch die Straßen sprach am Sonntagmorgen Genosse Dr. Schülzinger auf dem Marktplatz. Er begrüßte den Ausgang des Kieler Parteitages, der ein Bekenntnis zur Weimarer Koalition und damit zur Macht in Preußen abgelegt habe. Das Verbot des Reichsbannertrages in München sei eine Kriegserklärung der bayerischen Regierung an das Reichsbanner, das zur gegebenen Zeit die richtige Antwort erteilen werde. Schülzinger schloß mit einem von der Menge begeistert aufgenommenen Hoch auf die Republik. Am Nachmittag gab das ausgezeichnete Landwehrkorps des Brandenburgischen Reichsbanners im Garten des Volkshauses ein Konzert.

Eine neue Afrikaschau.

Der Dampfer „Ancona“ langte unter allerlei Sturmesgefahren Sonnabend früh mit einer tripolitanischen Truppe in Hamburg an und Sonntag früh landete der Transport im Berliner Zoo. Die Tripolitaner, durch den Afrikareisenden Paul Spatz zusammengefaßt, umfaßt 49 Araber und 24 nordafrikanische Juden, die hier einen Auschnitt aus ihrem Heimatleben, verbunden mit verschiedenartigen Vorführungen, zum Besten geben werden. Essensbeisitzer, Lederfüßer, Töpfer, Kaler werden ihre handwerklichen Künste zeigen, Beduinen auf feurigen Araberhengeln, Tänzer, Tänzerinnen und Gaukler bringen afrikanische Leistungen zur Schau. Der Transport hatte außer den Gefahren der Witterung auch noch allerlei Einfuhrschwierigkeiten zu bestehen, so durften nur eine ganz geringe Anzahl von Frauen mitgeführt werden, gar keine Kamäle und Dromedare, so daß der Tierbestand aus Pferden, Geln und Schafen besteht. Das Paradestück der menschlichen Truppe ist Camilla, eine Araberfrau, der Stolz unter den vierbeinigen Vollblütern der Araberhengel „Tripoli“ und als Spähnader der Truppe gilt ein arabischer Jwerg, seines Zeichens Kaffeekeller, trotz seiner Kleinheit ein Lastenträger, der eine Zentnerlast bewältigt wie ein ganz großer, außerdem mit der nötigen Portion Humor begabt. Am Freitag wird sich die Schau den Berlinern vorstellen.

Die Stadtkorordnungsversammlung tagt in dieser Woche am Dienstag um 6 Uhr. Am Donnerstag findet keine Sitzung statt.

Sieben polnische Soldaten verbrannt.

Opfer eines Scheunenbrandes.

Warschau, 30. Mai. (WZ.) Eine polnische Maschinengewehrkompanie, die auf dem Durchmarsch im Dorfe Runowo (Wojwodschast Posen) in einem Heuschäber übernachtete, wurde das Opfer einer furchtbaren Katastrophe. Als die meisten Soldaten dort eingeschlafen waren, brach in der Scheune ein Brand aus, der sich mit ungeheurer Geschwindigkeit ausbreitete, so daß in kürzester Zeit das Gebäude in hellen Flammen stand. 7 Soldaten sind verbrannt, 14 wurden mit so schweren Brandwunden in das Spital eingeliefert, daß man an ihrem Auskommen zweifelt, und 15 weitere erlitten schwere Verletzungen. Die Ursache des Brandes dürfte eine achtlos weggeworfene brennende Zigarette gewesen sein.

Lindbergh in London.

Läufige Begeisterung.

London, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Lindbergh ist am Sonntagabend um 6 Uhr von Brüssel kommend auf dem Londoner Flugplatz Croydon gelandet. Obwohl der Flugplatz 18 Kilometer vom Zentrum Londons entfernt ist, hatte sich eine ungeheure

Menschenmenge eingefunden, so daß es Lindbergh nur mit großer Mühe gelang, einen Landungsplatz zu finden. Zweimal überflog er den Platz, bis er niederging. Sofort war das Flugzeug von Menschen umgeben, und Lindbergh war es kaum möglich auszufliegen. Nachdem er endlich im Auto des amerikanischen Konsuls seinen Platz gefunden hatte, wurde die Schutzscheibe des Automobils ziemlich beschädigt. Lindbergh selbst erklärte: Das ist noch schlimmer als in Paris.

Vor seiner Abfahrt von Paris hat Lindbergh noch nähere Angaben über seine bisherige Flugtätigkeit gemacht: Innerhalb von fünf Jahren hat er 7119 Flüge mit einer Gesamtdauer von 1832 Stunden ausgeführt. Im Jahre 1926 ist er allein 763 Stunden geflogen. Im ganzen hat er bisher 5551 Passagiere befördert, von denen keiner den geringsten Unfall erlitten hat.

Fahrtausflug in Nordhausen.

Nordhausen, 30. Mai. (L.) Am Sonnabend und Sonntag feierte die Stadt Nordhausen ihr tausendjähriges Bestehen unter großer Anteilnahme der Bevölkerung der Stadt und der Umgegend. Das Hauptereignis des Sonnabends war ein Festzug, an dem sich ungefähr 5000 Personen beteiligten. Der Sonntag brachte dann den Höhepunkt der Veranstaltung mit einem althistorischen Festzug, in dem die Geschichte Nordhausens bis zur jüngsten Zeit dargestellt wurde. Die in Nordhausen dominierende Kern-, Brau- und Tabakindustrie war gleichfalls mit eigenen Festmahlen vertreten. Die ganze Veranstaltung verlief dank vorzüglicher Polizeiorganisation ohne jeden Zwischenfall.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Sonntag, dem 29. Mai.

1. Rennen. 1. Cirano (H. Hedert), 2. Jockeiler (D. Stein), 3. Charade (Hm. Schulerer). Loto: 37: 10. Platz: 18, 40, 53: 10. Ferner liefen: Michael, Vunier, Kabiola, Kleberländer, Diktum, Die Wuppe, Turridu, Dina Wallis, Potsdam, Lampe, Johannistauer.
2. Rennen. 1. Möglic (H. Bahr), 2. Kapitain Daffe (L. Weik), 3. Amoltern (E. Treubler). Loto: 116: 10. Platz: 31, 22, 30: 10. Ferner liefen: Ede, Diana, Gerhard, Cosimo, Benedict, Cuisse S, Karne, Anfried, Ludwig R, Morgentau.
3. Rennen. 1. Lindowind (H. Selig), 2. Rotula, 3. Grifa. Loto: 25: 10. Platz: 19, 26, 34: 10. Ferner liefen: Gaudier jr., Prinzess Hortuna, Friedrich Rex, Annie Gaudier, Roland, D'Kapitain Leerberg, Offi, Auralita, Barometer, Wainsta, Oelsteins Copu.
4. Rennen. 1. Aga (H. Juch jr.), 2. Freund Uebelstein (H. Ringold), 3. Ehrenberg (E. Treubler). Loto: 31: 10. Platz: 16, 22, 22: 10. Ferner liefen: Petrusche, Caro Sude, Per alpara, Loukiana, Danzig, Gailfrien.
5. Rennen. 1. Interpellant (A. Rozal), 2. Fels (A. Wallis), 3. Rainis (Hm. Schulerer). Loto: 46 (Interpellant), 17 (Fels): 10. Platz: 20, 15, 17: 10. Ferner liefen: Trotteur, Satorre, Harry S, Navel.
6. Rennen. 1. Abteilung. 1. Nibelades (A. Schmidt), 2. Danzig (H. Freund), 3. Baron Gabel (H. Geyson). Loto: 65: 10. Platz: 23, 72, 24: 10. Ferner liefen: Modern, Arlele, Diana Wagonan, Fella Palmelle, Heider, Salbe, Ladmuschel, Korpphos, Uster Rechefer, Janggeilied, Mikrel.
7. Rennen. 1. Abteilung. 1. Negium (A. Rozal), 2. Kalleier (L. Weik), 3. Leffing (H. Hedert). Loto: 69: 10. Platz: 20, 16, 17: 10. Ferner liefen: Str. Gaid, Beate, Sur, Clementine, Friedegard, Fran, Dilemma, Einflücht, Probelier, Wodeham.
8. Rennen. 1. Abteilung. 1. Veltin (G. Juch jr.), 2. Wizer (Ch. Wills), 3. Volkunus (H. Juch). Loto: 88: 10. Platz: 14, 12, 22: 10. Ferner liefen: Barmald, Kapellmeister, Johannistauer, Olen S.
9. Rennen. 1. Abteilung. 1. Veltin (H. Ringold), 2. Veltin (G. Juch jr.), 3. Kapelle (H. Schuler). Loto: 40: 10. Platz: 16, 25, 15: 10. Ferner liefen: Interpellant, Quasdon, Loure, Vinko, Heidemann, Stadlstein, Good Day, Belle, Katharina, Prinzess Hortuna, Ueo Wallis, Nachhalter.

Der Achtstundentag der Hüttenarbeiter.

Das Reichsarbeitsministerium interessiert sich nicht dafür.

Dortmund, 30. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im „Achtstundentag“ in Dortmund tagte am Sonntag die Reichskonferenz der Hütten- und Bergwerksarbeiter, die von 234 Delegierten aus allen Teilen des Reiches besetzt worden war. Im Vordergrund der Verhandlungen stand die Arbeitszeitfrage in der Hüttenindustrie, in der der Kampf um den Achtstundentag mit aller Schärfe entbrannt ist.

Der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Reichel, bedauerte in seiner Begrüßungsansprache, daß trotz der Einladung des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes das Reichsarbeitsministerium es nicht für nötig gefunden habe, einen Vertreter zu der wichtigen Tagung zu entsenden.

In seinem Referat über die Arbeitszeitfrage in den Hüttenbetrieben mit ihrer praktischen Auswirkung und ihrer zeitgemäßen Neugestaltung teilte Bezirksleiter Wolf-Essen mit, daß der Deutsche Metallarbeiterverband am 15. Juni den Arbeitzeitertrag für die eisenhaltende und eisenverarbeitende Industrie Rheinlands-Westfalens kündigen werde, weil er gesundheitlich und ethisch nicht aufrechterhalten werden könne. Das Ergebnis der Tagung wurde in einer Resolution zusammengefaßt, in der die achtstündige Arbeitszeit und die dreigeteilte Schicht verlangt wird, weil sie eine Kulturnotwendigkeit darstelle.

Schwerer Konflikt im Fuhrergewerbe.

Die Unternehmer brechen den Tarif.

Vor einiger Zeit wurde zwischen dem Deutschen Verkehrsband und der Berliner Fuhreremission für das Schwer- und Leichtfuhrergewerbe ein neuer Tarif abgeschlossen, der für die zu leistenden Ueberstunden einen Zuschlag von 10 Proz. vorsieht. Der Tarifvertrag existiert für eine große Zahl von Unternehmern jedoch nur in der Form, daß ihn die Arbeiter strikte innehalten müssen, nicht aber die Fuhrerunternehmer. Sie verlangten von den Ratichern und Ritzchern die Beibehaltung der tariflich zulässigen Ueberstunden, weigerten sich aber, nicht nur den Ueberstundenzuschlag, sondern teilweise sogar überhaupt die Ueberstunden zu zahlen.

Nachdem sich der Verkehrsband wiederholt beschwerdeführend an den Innungs Vorstand gewandt hatte, machte dieser seine Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie zur Einhaltung des Tarifes genau so verpflichtet seien wie die Arbeiter oder deren Organisation. Die Fuhrerherren lehnten sich den Tarif an diese Anweisung und zahlten nach wie vor keine Zuschläge. Als nunmehr der Verkehrsband ankündigte, mit schärferen Mitteln gegen die tarifverweigernden Fuhrerunternehmer vorzugehen, meldete sich der Innungs Vorstand und spielte den Hirten dieser räudigen Schafe. Er verlangte, daß alle diese Streitigkeiten — etwa 1000 an der Zahl — entsprechend der Bestimmung des Tarifvertrages vor dem tariflichen Schiedsgericht geregelt werden sollen und drohte, im Falle von Kampfmaßnahmen den Verkehrsband regreßpflichtig zu machen.

Ob diese Drohung ernst gemeint ist oder nur ein Schreckmittel sein soll, kümmert den Verkehrsband wenig. Sein Wunsch wird von einer Organisation verlangt, daß sie etwa 1000 tarifverweigernde Unternehmer nacheinander vor ein Schiedsgericht zitiert und schließlich der Tarifvertrag eher abgelaufen ist, als die Streitfälle entschieden sind. Wenn der Innungs Vorstand nicht in der Lage ist, seine Mitglieder zur Einhaltung des von ihm abgeschlossenen Tarifvertrages zu zwingen, muß er es sich schon gefallen lassen, daß die

